



Für einen ethischen Banken- und Finanzplatz Schweiz

Resolution Wahlparteitag EVP Schweiz

1 Ausgangslage

Der Untergang der Credit Suisse mit Milliarden Garantien durch den Bund und die Schweizerische Nationalbank (SNB) sowie die faktische Staatsgarantie für die neue UBS haben eines klar gemacht: So kann es nicht mehr weiter gehen!

Die EVP fordert seit Jahren griffige Regulatorien für ein ethisches Wirtschaften, gerade auch in der Finanzbranche. Die Eskapaden der Credit Suisse haben gezeigt, dass regulatorisch stärker eingegriffen werden muss. Daran ändert auch die Rückzahlung der Kredite durch die UBS nichts, da die Risiken mit jetzt nur mehr einer Grossbank noch grösser geworden sind. Es braucht nun eine Too-big-to-fail-Gesetzgebung, die wirkt und die im Ernstfall auch angewendet werden kann.

2 Unsere Forderungen

1. Stärkung der FINMA

Ausbau der Aufsichts-, Interventions- und Sanktionskompetenzen der FINMA.

2. Schärfere Eigenkapitalvorschriften

Reduktion des Ausfallrisikos von Banken durch eine markante Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften.

3. Deckelung der variablen Vergütungen und Maximallöhne

Begrenzung der variablen Lohnbestandteile bei systemrelevanten Banken auf zwei zusätzliche Monatslöhne resp. 15% des Jahreslohnes sowie Begrenzung der Entschädigung auf das Doppelte eines Bundesratslohnes bei staatsnahen Betrieben¹ wie Postfinance, Kantonalbanken, SBB, Axpo etc.

Einen erheblichen Einfluss haben auch Finanzanlagen von staatlichen Institutionen. Die EVP fordert darum:

4. Nachhaltige öffentliche Anlagen

Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien bei Geldanlagen von SNB, Compenswiss (Fonds von AHV, IV, EO) sowie Pensionskassen der öffentlichen Hand und von staatsnahen Betrieben.

¹ Staatsnahe Betriebe: Im Besitz oder Aktienmehrheit der öffentlichen Hand